

Niederschrift

der 12. Sitzung des Kreisausschusses am Montag, den 27. November 2017, 15.00 Uhr, in der Mensa des Gymnasiums Parsberg, Aschenbrennerstr. 10, 92331 Parsberg

Anwesende:

1. Vorsitzender:
Landrat Willibald Gailler
2. die Stellvertreter des Landrats
Bauer Josef
Rackl Heidi
3. die Kreisräte:
Belzl Guido
Braun Carolin
Eisenreich Ludwig
Gerngroß Hans
Hierl Susanne
Himmler Helmut (weiterer Stellvertreter des Landrats)
Köstler Josef
Kratzer Horst
Lahner Helmut
Müller Günter
Scherer Alois
Dr. Schlusche Roland
4. die Juristen:
Dr. Bartsch Gero
Boßle Carmen
Dr. Robl Marion
5. die Kreisbediensteten:
Flach-Wittmann Susanne
Gottschalk Michael
Hauck Stefan
Hollweck Richard
Iberl Werner
Ried Hans
Scharl Katharina
Schreiner Jürgen
Theil Gabriele
Wagner Alfons
6. zu TOP A 2:
Herr Seger, first base
Herr Dr. Burnickl, first base
7. zu TOP A 4:
Alfons Bauer, stv. Vorstand

8. zu TOP A 5:
Dipl. Ing. Zschka, IB Nutz
Herr Ochsenkühn, IMI
9. zu TOP B 1:
Kreisrat Lippmann Dirk
Kreisrätin Werner Ilse
Stefanie Schönfeld, RA Rauch & Partner
10. Vertreter der Presse
11. Schriftführer:
Eichenseer Matthias

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentlicher Teil

1. Anerkennung der Niederschrift der 11. Sitzung
2. Landratsamt Neumarkt i.d.OPf.;
Vorstellung des Besucherleitsystems und der Neugestaltung der Eingangszone
Beschlussfassung zur Durchführung
3. Hilfskrankenhaus Parsberg;
Beschlussfassung über einen Grundsatzbeschluss zum Teilabbruch
4. Kommunalunternehmen Kliniken des Landkreises Neumarkt i.d.OPf.;
Beschlussfassung über weitere Darlehensaufnahmen 2017 für nicht förderfähige Investitionen
5. Neubau eines Sonderpädagogischen Förderzentrums in Neumarkt i.d.OPf. mit Erweiterung und Generalsanierung des B-Baus des Ostendorfer-Gymnasiums;
Beschlussfassung über den regenerativen Energieträger
6. Staatl. Realschule für Knaben, Neumarkt i.d.OPf.;
Beschlussfassung über den Umbau der ehemaligen Hausmeisterwohnung zu einem Aufenthaltsraum für die offene Ganztagschule
7. Vollzug des SGB II;
Beschlussfassung über eine Vereinbarung mit dem Jobcenter Neumarkt i.d.OPf. zur Wahrnehmung der Aufgaben nach §§ 28 bis 30 des Zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II) durch den Landkreis Neumarkt i.d.OPf. (Rückübertragung)
8. Planungsverfahren für eine Autobahnausfahrt in Traunfeld;
 - Information über den Sachstand
 - Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 7.11.2017 auf Abhaltung einer öffentlichen Informationsveranstaltung

B) Nichtöffentlicher Teil

1. Gymnasium Parsberg;
Beschlussfassung über die Vergabe der Planungsleistungen für eine Generalsanierung
2. Personalangelegenheiten
 - a) Beschlussfassung über die Feststellung der modularen Qualifizierung von

A) Öffentlicher Teil

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Man tage heute in Parsberg, da das Gymnasium in den nächsten Jahren generalsaniert werden soll.

Auf Bitten des Vorsitzenden stellt der Leiter des Gymnasiums Parsberg, Herr OStDir. Josef Gloßner, das Gymnasium Parsberg vor. Die Mensa, in der der Ausschuss heute tagt, sei einer der jüngsten Gebäudeteile. Sie dürfte ca. 10 Jahre alt sein, während der Rest des Schulgebäudes wesentlich älter sei. Auch wenn das Gebäude relativ modern aussehe so bestehe doch ein erheblicher Sanierungsbedarf. Bei den Schülerzahlen dürfte man die Talsohle durchschritten haben. Gründe für den Rückgang in den letzten Jahren seien das neue Gymnasium des Landkreises Regensburg, aber auch die geringeren Geburten bei den geburtenschwachen Jahrgängen gewesen. Die Schülerzahlen stiegen nun wieder an.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Gloßner für die Vorstellung des Gymnasiums Parsberg. Der Landkreis sehe sich verpflichtet, gute Bedingungen für das Lernen an seinen Schulen zu schaffen und zu erhalten. Einer Sanierung des Schulgebäudes stehe man daher aufgeschlossen gegenüber.

Der Vorsitzende stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreis Ausschusses fest. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

1. Anerkennung der Niederschrift der 11. Sitzung

Gegen die o. a. Sitzung werden keine Einwendungen erhoben. Sie ist damit genehmigt.

(12:0)

2. Landratsamt Neumarkt i.d.OPf.; Vorstellung des Besucherleitsystems und der Neugestaltung der Eingangszone Beschlussfassung zur Durchführung

Der Vorsitzende teilt mit, es sei geplant, ein modernes und zeitgemäßes Besucherleitsystem zu installieren. Außerdem soll die Eingangszone umgestaltet und in diesen Bereichen der Brandschutz ertüchtigt werden. Man habe die Fa. first base mit den Planungen, die heute vorgestellt werden sollen, beauftragt.

Herr Seger stellt anhand der Anlage 1 die Planungen vor.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Seger für dessen Ausführungen. Die Planungen seien intern ausgiebig diskutiert worden. Sie seien im Rahmen von Abteilungs- und Sachgebietsleiter-Besprechungen vorgestellt worden, auch bei einer zentralen Personalversammlung. Die direkt betroffenen Personen in der Poststelle und dem Info-Point seien einbezogen worden. Mit ca. 900.000 € werde eine relativ große Summe in die Hand genommen, um die Verbesserungen zu erreichen. Das Gebäude sei über viele Jahre unangetastet geblieben. Der Eingangsbereich und die Information müssten attraktiver und zeitgemäßer gestaltet werden. Vorgesehen sei, die Planungen im Jahr 2018 umzusetzen.

Kreisrat Dr. Schlusche stellt die Frage, ob ein allgemeines Warnsystem vorgesehen sei, z. B. bei Feueralarm oder vor einem terroristischen Anschlag, so dass eine automatische Schließung erfolgen und die Mitarbeiter gewarnt werden könnten.

Herr Seger antwortet, beim Info-Schalter werde es einen Notrufschalter geben. Der Haupteingangsbereich werde so vorbereitet werden, dass ein Videoüberwachungssystem installiert werden könne. Ein automatischer Abschluss des Gebäudes sei nicht vorgesehen.

Kreisrat Dr. Schlusche weist darauf hin, dass in Schulen entsprechende Systeme gefordert würden im Hinblick auf Amokläufe oder anderer terroristischer Anschläge, im Landratsamt als möglichem Anschlagobjekt werde dies nicht vorgesehen. Er finde dies nicht in Ordnung, zumal man hier so ins Detail eintrete und an alles Mögliche denke.

Der Vorsitzende erwidert, das Landratsamt sollte sich nicht in einen Hochsicherheitstrakt verwandeln. Man wolle ein Amt, das transparent sei. Es gebe auch verschiedene Gebäudeteile mit eigenen Eingängen. Er habe auch schon mehrere Ämter erlebt, die eine Eingangskontrolle installiert oder Sicherheitsdienste an den Eingängen postiert hätten – dies sei nicht das was man sich vorstelle. Man habe diese Thematik auch mit dem Personal besprochen. Die letzte Konsequenz werde man auch mit diesen Maßnahmen nicht ausschließen können.

Herr Dr. Burnickl teilt mit, 40 bis 50 % des Umsatzes verdiene sein Büro mit Notrufsystemen an Schulen. Dort werde immer wieder der Sinn und Unsinn dieser Systeme diskutiert. Eines müsse man sich gewahr sein: Ein möglicher Attentäter werde sich nicht hinstellen und sagen: Hier bin ich, ihr könnt nun die Mitarbeiter warnen. Wenn, dann benötige man ein Notrufsystem im ganzen Haus. Man arbeite dann mit überwachten Notrufsystemen, es werde eine dauerhaft besetzte Stelle benötigt, von der Schließanlage ganz zu schweigen. Wenn man dies in Erwägung ziehe brauche man flächendeckend Notrufsprechzellen. Die Kosten würden sich dann mindestens verdoppeln.

Herr Iberl informiert, in Bereichen, die mit problematischen Kunden befasst seien, sei ein Notrufsystem auf dem PC installiert worden. Mit einer einfachen Tasten-Kombination können Kollegen in einem bestimmten Bereich verständigt werden. Das ganze Gebäude sei mit Rauchmeldern nachgerüstet worden. Es sei auch eine Alarmierungsmöglichkeit mittels einer Hupe nachgerüstet worden, damit die Gebäudeteile schnellstmöglich geräumt werden könnten. Bei der ursprünglichen Baugenehmigung seien diese Maßnahmen nicht gefordert gewesen. Die optimale Lösung sei damit vielleicht noch nicht erreicht, allerdings komme man damit zurecht.

Kreisrat Dr. Schlusche erkundigt sich, wo überall mit Blindenschrift gearbeitet werde, um Sehbehinderte durch das Haus zu leiten.

Herr Seger informiert, es sei geplant, an den Treppenhäusern Informationen anzubringen, in den Aufzügen neben den Tasten die entsprechenden Informationen anzubringen, auch die Möglichkeit der Sprachausgabe in den Aufzügen werde derzeit geprüft, wobei man die Schwierigkeit habe, dass es verschiedene Aufzughersteller gebe. Vom Eingang zum Info-Point werde der Blinde über das taktile Wegesystem geleitet. Dort habe er die Möglichkeit zu erfahren, ob er abgeholt werden könne. Das Amt sei durch die verschiedenen Gebäudeteile zu komplex, als dass man es für Sehbehinderte optimal nachrüsten könne.

Der Kreisausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. spricht sich für die Durchführung der Maßnahme „Modernisierung des Gebäudeleitsystems sowie Umgestaltung des Eingangsbereiches und Brandschutzertüchtigung“ am Landratsamt Neumarkt i.d.OPf. aus.

(12:0)

Kreisrätin Hierl nimmt ab 15.35 Uhr an der Sitzung teil.

3. Hilfskrankenhaus Parsberg; Beschlussfassung über einen Grundsatzbeschluss zum Teilabbruch

Frau Theil begründet die Notwendigkeit des Teilabbruchs anhand der Anlage 2.

Der 1. Bürgermeister der Stadt Parsberg, Josef Bauer, unterstützt den Vorschlag zum geplanten Teilabbruch. Die Anfahrtsituation für die Schulbusse mache den Teilabbruch notwendig. Der vorhandene Flachbau sollte bis zum Abschluss der Sanierung des Gymnasiums Parsberg bestehen bleiben.

Kreisrat Scherer sieht im geplanten Abbruch eine sehr teure Lösung. Er möchte wissen, ob Alternativen, z. B. eine Änderung des Schulwegs, geprüft worden sei.

Frau Theil erwidert, es gebe aus städtebaulicher Sicht keine Alternative. Der Bus müsse an dieser Stelle hochfahren. Eine Wendemöglichkeit gebe es nicht.

Herr Mederer plädiert für den Teilabbruch. Das Gebäude sollte generell auf Dauer nicht bestehen bleiben. Wenn es bestehen bliebe würde immer ein gewisser Gebäudeunterhalt anfallen und damit Kosten. Eine Alternative für den Busbahnhof bestehe in der Sperrung der Aschenbrennerstraße für die jeweilige Dauer des Eintreffens und der Abholung der Schüler. Diese Vorgehensweise wäre jedoch nicht praktikabel.

Kreisrätin Werner erinnert daran, dass das Krankenhaus in den 1970er Jahren für den Katastrophenfall errichtet worden sei. Sie interessiere, ob das Krankenhaus denn nicht mehr benötigt werde. Die Kosten von 600.000 € für den Abbruch seien viel Geld, nur um einen Parkplatz zu errichten.

Frau Theil erklärt, das Hilfskrankenhaus sei in den 1990er Jahren aufgelassen worden und werde für diesen Zweck nicht mehr benötigt. Das Schutzraumkonzept sei endgültig aufgegeben worden. Es stelle nur noch ein Betongebäude ohne jegliche Einrichtung dar. Das Inventar sei veräußert oder abgegeben worden. Es sei keine Lüftung und keinerlei technische Ausrüstung mehr vorhanden.

Der Kreisausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. spricht sich grundsätzlich für den Teilabbruch des Außenschutzbauwerkes, den Abbruch des Flachbaus des Förderzentrums Parsberg und die Errichtung eines PKW- und Busparkplatzes ab dem Jahr 2023 aus.

Er beauftragt die Kreisverwaltung, die Vorarbeiten und die Abbruchplanungen aufzunehmen sowie die Parkplatzplanungen in Kooperation mit der Stadt Parsberg fortzusetzen.

(13:0)

4. Kommunalunternehmen Kliniken des Landkreises Neumarkt i.d.OPf.; Beschlussfassung über weitere Darlehensaufnahmen 2017 für nicht förderfähige Investitionen

Der Kreisausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. beschließt für nicht förderfähige Investitionen am Klinikum Neumarkt i.d.OPf. die Aufnahme eines weiteren Darlehens über 3.300.000 € zusätzlich zur bereits beschlossenen 1. Tranche über 1,5 Mio. € Für die ausgereichte Gesamt-Darlehenssumme von 4,8 Mio. € gelten somit folgende Prämissen:

Laufzeit: 11 Jahre

Zinssatz: orientiert an den Konditionen für Kommunaldarlehen, Stand Nov. 2017

Tilgung:	30.11.2018	500.000,00 €
	30.11.2019	300.000,00 €
	30.11.2020	450.000,00 €
	30.11.2021	250.000,00 €
	30.11.2022	500.000,00 €
	30.11.2023	500.000,00 €

30.11.2024	500.000,00 €
30.11.2025	500.000,00 €
30.11.2026	500.000,00 €
30.11.2027	500.000,00 €
30.11.2028	300.000,00 €

(13:0)

5. Neubau eines Sonderpädagogischen Förderzentrums in Neumarkt i.d.OPf. mit Erweiterung und Generalsanierung des B-Baus des Ostendorfer-Gymnasiums; Beschlussfassung über den regenerativen Energieträger

Auf Bitten des Vorsitzenden erläutert Herr Ochsenkühn von I.M.I. GmbH die als Anlage 3 beigefügte Präsentation. Er nimmt das Ergebnis vorneweg. Demnach sei der Einsatz von Hackschnitzeln grundsätzlich möglich.

Der Vorsitzende dankt Herrn Ochsenkühn für dessen Ausführungen. Bei der Bestellung der Hackschnitzel müsse man auf eine gute Qualität achten. Dennoch gehe es um die regionale Wertschöpfung. Im Landkreis Neumarkt i.d.OPf. gebe es sehr viele Waldbauern. Es gebe 49.000 ha Wald im Landkreis. Mit einer Hackschnitzelheizung könnte man die regionale Wertschöpfung stärken, wohlwissend, dass man auch überregional ausschreiben müsse. Die Einrichtungen, in denen Hackschnitzelheizungen verwendet würden, berichten ausnahmslos von guten Erfahrungen.

Kreisrat Scherer unterstützt die Empfehlung, eine Hackschnitzelheizung einzubauen. Egal ob in Deining oder Parsberg oder anderswo im Landkreis – überall habe man gute Erfahrungen mit Hackschnitzelheizungen gemacht. Der Landkreis sollte sich daher für die Hackschnitzelheizung entscheiden.

Kreisrat Dr. Schlusche unterstützt die Empfehlung und stimmt dem zu, was Kreisrat Scherer angesprochen hat. Die Anlieferung könne bestimmt gesteuert werden. Sie werde bestimmt außerhalb der Schulzeiten erfolgen können. Die Transportwege gegenüber den Pelletslieferungen seien relativ gering.

Kreisrat Müller schließt sich seinen Vorrednern an. Er geht davon aus, dass die Qualitätsprüfungen während des Betriebs stattfinden.

Kreisrat Köstler spricht die Häufigkeit der Lieferungen an. Zweimal wöchentlich sei relativ viel. Er stellt die Frage, ob ein größeres Lager möglich wäre.

Herr Ochsenkühn weist auf die geringere Heizleistung durch Hackschnitzel gegenüber Pellets hin. Dadurch sei es unter Volllast leider notwendig, das Lager häufiger aufzufüllen.

Der Kreisausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. spricht sich bei der Baumaßnahme Sonderpädagogisches Förderzentrum/Ostendorfer-Gymnasium Neumarkt i.d.OPf. für die Verwendung von Hackschnitzeln als regenerativen Energieträger aus.

(13:0)

6. Staatl. Realschule für Knaben, Neumarkt i.d.OPf.; Beschlussfassung über den Umbau der ehemaligen Hausmeisterwohnung zu einem Aufenthaltsraum für die offene Ganztagschule

Der Kreisausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. stimmt dem Umbau der ehemaligen Hausmeisterwohnung zu einem Aufenthaltsraum für die offene Ganztagschule an der Knabenrealschule Neumarkt zu.

7. Vollzug des SGB II;

Beschlussfassung über eine Vereinbarung mit dem Jobcenter Neumarkt i.d.OPf. zur Wahrnehmung der Aufgaben nach §§ 28 bis 30 des Zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II) durch den Landkreis Neumarkt i.d.OPf. (Rückübertragung)

Der Kreisausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. beschließt die Rückübertragung der Sachbearbeitung für ALG II–Empfänger auf das Landratsamt durch Abschluss der als Anlage übermittelten Vereinbarung mit dem Jobcenter.

(13:0)

8. Planungsverfahren für eine Autobahnausfahrt in Traunfeld;

- Information über den Sachstand

- Antrag von Bündnis 90/Die Grünen vom 7.11.2017 auf Abhaltung einer öffentlichen Informationsveranstaltung

Der Vorsitzende führt aus, das Thema habe in den letzten Wochen an Aktualität gewonnen. Das Bayerische Fernsehen habe sich des Themas angenommen. Allerdings sei er etwas enttäuscht, dass man diesen Raum so negativ dargestellt habe. Es handele sich um ein Niemandsland und um eine Gegend in der „der Hund begraben liege“. Das Gegenteil sei der Fall: Der Landkreis Neumarkt sei eine wirtschaftlich gut dastehende Region. Die Berichterstattung bilde nicht die Realität ab. Man dürfe sich den Landkreis nicht schlecht reden lassen.

Die Autobahn sei in den Jahren 1971/1972 gebaut worden. Seit über 45 Jahren laufe die Autobahn an Traunfeld vorbei. Die Bürgerinnen und Bürger von Traunfeld hätten keinen direkten Vorteil von dieser Autobahn. Dies sei auch in früheren Jahren in Traunfeld so gesehen worden. 1987 sei ein Antrag aus Traunfeld und dem Markt Lauterhofen gestellt worden, dass hier eine Anschlussstelle gebaut werden soll. Dem sei man aber nicht nachgekommen. Noch im Jahr 1991 habe der Kreisausschuss die Meinung vertreten, dass man nicht genügend Geld habe, um diese Anschlussstelle zu finanzieren. Der Antrag sei damals nicht weiterverfolgt und abgelehnt worden. Man habe sich in den Gremien des Landkreises auch lange über die Anschlussstelle Frickenhofen unterhalten. Auch diese Anschlussstelle sei nicht unumstritten gewesen. Jetzt sei sie gebaut und alle könnten die Vorteile, die mit ihr verbunden seien, genießen. Der Bau habe für die Erschließung dieses Raumes viele Vorteile gebracht. Daher sei man auf die Idee gekommen, für den Raum Traunfeld nochmals den Versuch zu unternehmen, dort eine Anschlussstelle zu bekommen. Dies werde nicht von heute auf morgen gehen, das müsse entsprechend vorbereitet werden. Man habe ein Gutachten dazu erstellen lassen. Im Herbst letzten Jahres hätte der Landkreis Neumarkt i.d.OPf. gemeinsam mit dem Landkreis Nürnberger Land einen gemeinsamen Antrag gestellt, dass geprüft werden soll, ob eine Autobahnausfahrt hier möglich sei. Von der Obersten Baubehörde und von der Autobahndirektion sei dieser Antrag begleitet und positiv gesehen worden, so dass dem Bundesverkehrsministerium eine entsprechende Vorlage unterbreitet worden sei. Im Herbst dieses Jahres sei nun entschieden worden, dass hier eine Ausfahrt grundsätzlich möglich sei und Planungen aufgenommen werden sollen. Der Sachstand sei also, dass noch keine fertigen Planungen existieren und auch morgen noch keine Bagger anrollen werden. Letztendlich müsse erst der Planungsprozess begonnen werden. Die Diskussionen in Traunfeld und den betroffenen Ortschaften seien bekannt. Die Gründe für eine Anschlussstelle seien vielfältig. Zum einen betrage die Entfernung zwischen den Anschlussstellen Altdorf und Alfeld 15 km. Erfahrungsgemäß sei es sinnvoll, spätestens alle 8 km eine Abfahrt oder Auffahrt zu ermöglichen. Hierfür gebe es die verschiedensten Gründe. Durch die vor-

handene Autobahnunterführung im Zuge der NM 10 wäre eine kostengünstige Anschlussstelle realisierbar. Eine AS Traunfeld hätte viele Vorteile, was die Rettung von Menschenleben betreffe. Die Errichtung eines Lärmschutzes wäre ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Das Beispiel Frickenhofen habe dies gezeigt. Dort sei ebenfalls mit der Anschlussstelle ein Lärmschutz errichtet worden. Es gebe im Landratsamt zahlreiche Beschwerden, in denen ein Lärmschutz für Traunfeld eingefordert werde. Ohne bauliche Veränderung werde dies nicht möglich sein. Man habe die Fahrtstrecke der Berufspendler untersuchen lassen. Es gebe nicht wenige, die nach Amberg oder Nürnberg zur Arbeit fahren. Es würden Fahrtzeit und Umweltbelastungen verringert – ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Die Verkehrsbelastung für Traunfeld sei derzeit nicht hoch. Wenn man eine hohe Zahl annehme dürfte sie derzeit bei maximal ca. 1.200 Fahrzeugen/Tag liegen, der Schnitt liege bei 850 Fahrzeugen/Tag. Eine Zunahme der Fahrzeuge werde mit Sicherheit eintreten. Allerdings dürfte der Zuwachs auf geschätzte 1.600 bis 1.800 Fahrzeuge/Tag steigen, was immer noch nicht hoch sei. Die Hauptpendlerichtung gehe in den Großraum Nürnberg, so dass etliche Pendler Zeitvorteile hätten und kürzere Distanzen zurücklegen müssten. Der Vorsitzende stellt fest, ob sich in Traunfeld baulich etwas entwickeln werde oder nicht sei nicht die Angelegenheit des Landkreises sondern liege in der Zuständigkeit der betroffenen Kommunen. Das müsse der Markt Lauterhofen für sich entscheiden, das müsste auch von der Gemeinde Happurg entschieden werden. Sowohl im Wohnbaubereich als auch im gewerblichen Bereich entscheiden die Gemeinden über die Ausweisung von entsprechenden Bau- oder Gewerbegebieten. Bei der Anschlussstelle Frickenhofen habe bis heute keine gewerbliche Entwicklung stattgefunden. Der Schwerlastverkehr halte sich dort in Grenzen. Heute erst sei er wieder über die Anschlussstelle Frickenhofen nach Parsberg gefahren. Durch die Anschlussstelle spare man sich enorm viel Fahrtzeit ein. Gleiches erwarte er sich in Traunfeld. Die Ausweisung von Bau- oder Gewerbegebieten könne und wolle der Landkreis nicht entscheiden. Allerdings gehe es darum, Chancen zu eröffnen für mögliche Entwicklungen. Bis eine Anschlussstelle Traunfeld fertig gestellt werde dürfte es mindestens 5 bis 6 Jahre dauern. Verpasse man die jetzige Chance werde es vermutlich wieder mehrere Jahrzehnte dauern, bis man wieder einen Antrag stellen könne. Für den Vorsitzenden gelte es, dass der Markt Lauterhofen sagen müsse, was er wolle. Dort müsse letztlich die Entscheidung getroffen werden, ob man die Chancen, die sich durch eine Autobahnanschlussstelle ergeben, nutzen wolle oder nicht. Von Seiten des Landkreises werde man keine weiteren Schritte unternehmen, bis nicht ein deutliches Signal aus Lauterhofen komme. Dies sei die Position des Vorsitzenden. Eine Entscheidung müsse nicht heute oder morgen fallen. Es müsse ein Diskussionsprozess und eine Meinungsbildung in Gang kommen in den betroffenen Ortschaften. Diese Chance werde sich nicht wieder so schnell bieten. Er scheue sich nicht, eine Informationsveranstaltung durchzuführen. Der Anteil des Landkreises dürfte in der Ertüchtigung der NM 10 liegen. Vermutlich reiche die Verbreiterung der Straße aus. Von einer Verlegung der Trasse könne keine Rede sein.

Kreisrat Scherer erinnert an die Entscheidung für die Anschlussstelle Frickenhofen. Er sei als betroffener Bürgermeister mit eingebunden gewesen. Alle Bürgermeister, deren Gemeinden sich im Einzugsgebiet der neuen Anschlussstelle befinden, seien froh gewesen, als das Signal für die Anschlussstelle gekommen sei. Es hätten sich wirtschaftliche Möglichkeiten ergeben, die seither auch kräftig genutzt worden seien. Man könnte sich glücklich schätzen, wenn eine weitere Anschlussstelle bei Traunfeld kommen würde. Dies würde wieder viele weitere Möglichkeiten eröffnen. Der Vorsitzende habe erfolgreich verhandelt. Es komme nicht oft vor, dass das Bundesverkehrsministerium sich für eine Planung entscheide. Sicherlich müsse die Zielgemeinde die Anschlussstelle wollen. In Gesprächen mit anderen Bürgermeistern sei oft die Aussage zu hören, dass man froh wäre, wenn man eine Autobahnausfahrt im Gemeindegebiet bekommen könnte.

Kreisrat Müller sieht den Sachverhalt ebenso wie Bürgermeister Scherer. Leider sei die bisherige Diskussion etwas unglücklich verlaufen. Die Bürgerbeteiligung hätte vielleicht schon früher einsetzen müssen. Schade sei auch, dass sich der Landkreis Nürnberger Land, der ja ursprünglich das Projekt unterstützt habe, sich nun aus der Unterstützung zurückgezogen habe. Schuld dürften auch die Proteste in den fränkischen Orten gewesen sein. Interessant findet Kreisrat Müller die Positivliste. Er zeigt sich zuversichtlich, dass die Zustimmung in Traunfeld und Umgebung wieder wachsen könnte, wenn man diese entsprechend kommuniziere. Das Angebot einer Planung für eine Anschlussstelle liege nun auf dem Tisch. Entscheidend sei die Entscheidung des Marktes Lauterhofen, die man respektieren müsste. Eine Ablehnung wäre aber im Hinblick auf die Entwicklung des Landkreises sehr schade.

Kreisrat Dr. Schlusche berichtet, er sei der einzige Kreisrat gewesen, der sich letzten Samstag die Veranstaltung in Traunfeld angesehen und die Argumente angehört habe. Der Saal sei brechend voll gewesen. Es habe kaum noch einen Stehplatz gegeben. Er hätte sich gewünscht, dass weitere Mitglieder des Kreistages anwesend gewesen wären. Gefühlte 90 % seien gegen eine Anschlussstelle gewesen. Er sei als Grüner ebenfalls gegen eine Anschlussstelle. Damit verbunden wäre wieder eine Zerstörung der Landschaft, eine Betonierung durch Gewerbegebiete. Es sei daher sehr wichtig, dass man vor Ort mit der Bevölkerung spreche. Dies sollte auch relativ zeitnah erfolgen. Die Auswirkungen der AS Frickenhofen seien nicht so positiv, wie Kreisrat Scherer dies hier erzählt habe. Auch er habe sich mit Frickenhofenern unterhalten. Dort sei zwar ein Lärmschutzwall errichtet worden. Der Lärm werde durch diesen jedoch nicht gedämmt. Viele hätten den Eindruck, dass es wesentlich lauter sei als vorher, was an einer Art „Kamineffekt“ liege. Er ist der Ansicht, nicht an jedem Ort mit ca. 200 Einwohnern müsse eine Anschlussstelle errichtet werden. Der Kreistag des Landkreises Nürnberger Land habe mit einer einzigen Gegenstimme die Anschlussstelle Traunfeld abgelehnt. Da die Bürger in Traunfeld ebenso gegen die Anschlussstelle seien wie die Fraktion der Grünen sollte sich der Landkreis Neumarkt in dieser Frage zurückhalten.

Der weitere Stellvertreter des Landrats, Bürgermeister Himmeler, erklärt, der Kreistag treffe manchmal Entscheidungen, die eine kürzere Tragweite hätten. Strukturpolitische Entscheidungen würden dagegen meist weit in die Zukunft reichen. Er wolle jetzt nicht detailliert darauf eingehen, welche Vorteile und welche Nachteile eine Autobahnausfahrt mit sich bringe. Nachteile seien mit Sicherheit mehr Verkehr und mehr Lärm. Die positiven Auswirkungen dagegen seien jedoch gewaltig. Seit dem Bau der Autobahnen durch den Landkreis habe der Landkreis Neumarkt eine sehr gute wirtschaftliche Entwicklung genommen, auf die man stolz sein dürfe. Über die Frage der Autobahnen hinaus müsse man sich die Frage stellen, will der Landkreis eine gute Entwicklung weiter führen, dann bedeute dies auch Landverbrauch. Man könne diese wunderbare Landschaft behalten, dann werde man aber die Entwicklung der Gemeinden nicht weiter führen können. Diese Diskussionen seien nötig, sie seien auch wichtig, aber man müsse auch der Verantwortung einer guten Zukunft gerecht werden. Diese Verantwortung gehe eben weiter als bis morgen oder übermorgen. Als Bürgermeister der Nachbargemeinde bekomme er mit, wie die Diskussionen abliefen. So sei es absurd und abenteuerlich, wie manche Dinge gestreut würden. Es bestehe keine Eile, zu einer Entscheidung zu kommen, die letztlich die Marktgemeinde Lauterhofen treffen müsse. Ein Landrat und die Bürgermeister sowie die Landkreis- und Gemeindegremien hätten die Verpflichtung, über den Tag hinaus zu sehen. Und wenn er das Argument höre, da werde sich Gewerbe ansiedeln – ja Gott sei Dank siedele sich Gewerbe an. Jeden Tag gingen Arbeitsplätze verloren. Man müsse schon schauen, wo gebe es die Möglichkeit, in den künftigen Jahren neue Chancen zu ergreifen. Er sieht in der Anschlussstelle Traunfeld eine große Chance, und die sollte man nicht vorschnell beiseiteschieben.

Kreisrat Lahner ist der Ansicht, Flächenverbrauch sei ein sehr wichtiges Argument und werde manchmal zu wenig geschätzt. Allerdings sehe er bei der Anschlussstelle Traunfeld

weniger negative Auswirkungen im Vergleich zu mancher Gemeinde, die sehr verschwenderisch bei der Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten mit dem Flächenverbrauch umgehe. Kreisrat Lahner findet, die Auswirkungen einer Anschlussstelle bei Traunfeld habe über die Gemeindegrenzen hinaus Auswirkungen. Daher sollte die Entscheidungsgewalt für oder gegen eine Anschlussstelle nicht bei einer einzigen Kommune liegen. Es gebe hier eine Gesamtverantwortung. Gehe man weit in die Vergangenheit zurück so werde am Beispiel von Velburg bei der Entscheidung der Anbindung an die Eisenbahnlinie deutlich, welche Auswirkungen solche Entscheidungen für die Zukunft haben können. In den 40 Jahren seiner kommunalpolitischen Erfahrung seien die Egoisten vor Ort in der Regel in den Vordergrund gestellt worden. Dafür habe er durchaus Verständnis, denn als Betroffener sehe man vieles aus einem anderen Blickwinkel. In dieser Frage müsse man aber schon das Übergeordnete sehen, soll es eine weitere Entwicklung geben oder nicht. Kreisrat Lahner ist der Ansicht, dass diese Infrastrukturmaßnahme eine weitere Entwicklung fördern würde. Als Kreistag sollte man sich dafür einsetzen.

Kreisrat Köstler pflichtet seinem Vorredner bei. Allerdings müsste dann der Beschluss dahin gehend geändert werden, dass sich der Kreistag trotz eines möglichen negativen Votums des Marktes Lauterhofen die weiteren Schritte vorbehalte. Sicherlich sei dieses Votum sehr wichtig, da man eine solche Entscheidung nicht gegen die Bevölkerung vor Ort treffen sollte.

Der Vorsitzende tritt dafür ein, dass sich die Situation vor Ort wieder beruhigt. Die Diskussion soll versachlicht aber doch intensiv geführt werden. Für die weitere Entwicklung soll das Votum des Marktes Lauterhofen abgewartet werden.

Der Kreisausschuss des Landkreises Neumarkt i.d.OPf. beschließt, dass Planungen für den Ausbau des Kreisstraßennetzes für eine mögliche Anschlussstelle an die A 6 bei Traunfeld erst dann in Auftrag gegeben werden, wenn der Markt Lauterhofen für die Anschlussstelle votiert hat.

(12:1)

Kreisrat Scherer verlässt gegen 17.05 Uhr die Sitzung.

B) Nichtöffentlicher Teil